

OA-Update / 10, 9. August 2021

# Osteuropa



Ab sofort erscheint das Osteuropa-Update wieder alle zwei bis drei Wochen. Trotz Sommerpause tat sich auch im Juli in unserer Region einiges, das wir für Sie aufbereitet haben. In der Ukraine dominierten zwei Themen: Die Übereinkunft zwischen Deutschland und der USA zu Nord Stream 2 beinhaltet auch Angebote für die Ukraine und Sanktionsdrohungen gegen Russland.

Die Einigung wurde jedoch insbesondere in der Ukraine, mittelosteuropäischen Ländern, aber auch in Deutschland und den USA zwiespältig aufgenommen. Die Ukraine hat daneben diverse Gesetze verabschiedet, um die Auszahlung noch ausstehender Tranchen des laufenden IWF-Beistandsprogramm zu erhalten. Die im Frühsommer eingeführten EU-Sanktionen gegen Belarus sorgen weiter für Unsicherheit. Um konkrete wirtschaftliche Auswirkungen festzustellen ist es jedoch weiterhin zu früh. Litauen und Belarus streiten über illegale Grenzübertritte von Migranten. In Georgien hält die innenpolitische Krise an. Opposition und Regierung sind weiter uneins über Neuwahlen. Gleichzeitig steigen dort die Corona-Infektionszahlen stark an. Premier Irakli Gharibaschwili schloss einen erneuten Lockdown jedoch aus. Die Lufthansa baut derweil ihr Flugangebot nach Armenien aus. Das Land geht darüber hinaus weitere regulatorische Schritte zur Annäherung an die Europäische Union. Aserbaidschan hat das Thema Produktsicherheit neu geregelt und baut seine Kapazitäten zur Cyberabwehr aus.

**Hier alle Themen in der Übersicht:**

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

### Ukraine

Das **ukrainische Parlament billigte Ende Juni einige Gesetze zur Umsetzung der laufenden Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF)**. Eine geänderte Fassung des von Präsident Wolodymyr Selenskij eingebrachten Gesetzentwurfs Nr. 4651, mit dem **Strafen für die Abgabe betrügerischer elektronischer Erklärungen oder die Nichtabgabe der Erklärung durch Staatsbeamte wieder eingeführt werden** sollen, wurde ebenso verabschiedet wie der Gesetzentwurf Nr. 3711 zur **Änderung des Justizgesetzes**, mit dem die Hohe Qualifikationskommission für Richter (HQCJ), **das Gremium für die Auswahl von Richterandidaten, wieder eingesetzt wird**.

Mit dem Gesetzentwurf Nr. 4367 sollen weiter die **Bedingungen für die Unternehmensführung und die interne Kontrolle ukrainischer Banken verbessert werden**, der Zentralbank mehr Befugnisse zur Kontrolle dieser Praktiken eingeräumt werden sowie die Anforderungen an die begünstigten Eigentümer der Banken verschärft und neue Anforderungen an Liquidität und Kapitalpuffer eingeführt werden.

**Die Entscheidungen lassen die Auszahlung noch ausstehender Tranchen des laufenden IWF-Programms noch in diesem Jahr wahrscheinlicher werden**. Der ukrainische Finanzminister Serhiy Marchenko, aber auch unabhängige Experten äußerten sich nach Gesprächen mit dem IWF im Juli entsprechend optimistisch. Der IWF forderte dennoch mehr Anstrengungen, um zu einer erfolgreichen Auszahlung zu kommen. **Beide Seiten verständigten sich auf eine Prüfmision im September 2021**. Im Juni 2020 wurde ein 18-monatiges Beistandsprogramm mit der Ukraine initiiert, das geplante Auszahlungen von insgesamt 3,6 Milliarden Sonderziehungsrechten (SZR) vorsieht. Das sind umgerechnet rund 5,1 Milliarden US-Dollar. Die Ukraine hat seitdem eine Tranche in Höhe von 1,5 Milliarden SZR erhalten. Weitere Zahlungen stehen aus.

**Parallel zu dem genannten Stand-By Agreement kann die Ukraine damit rechnen, am 23. August 2,7 Milliarden US-Dollar vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erhalten**. Die Ankündigung erfolgte nach einem Gespräch zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij und der Direktorin des IWF Kristalina Georgieva. **Die Mittel sind Teil eines 650 Milliarden US-Dollar schweren Programms des IWF**, um die Weltwirtschaft angesichts der anhaltenden COVID-Pandemie wieder anzukurbeln.

**Weitere russische Oligarchen und Geschäftsleute wurden seitens der Ukraine Ende Juni mit Sanktionen belegt**. Es handelt sich um **Vermögenssperren, Geldabhebungsverbote und Einreiseverbote**. Zu den betroffenen gehören unter anderem Oleg Deripaska sowie Arkady, Boris und Roman Rotenberg. Gegen eine Reihe von russischen Unternehmen und Institutionen aus den Bereichen Luftfahrt, Regierung und Medien wurden ebenfalls Sanktionen verhängt. Präsident Selenskij verlängerte die bestehenden Sanktionen gegen russische Banken um weitere drei Jahre. **Unabhängig davon wurden Sanktionen gegen die ukrainischen Geschäftsleute Dmytro Firtash und Pavlo Fuchs eingeführt**. Experten sehen die **Sanktionierung** und damit die Einschränkung von Geschäftsmöglichkeiten in der Ukra-

ine im Zusammenhang mit weiteren US-Sanktionen im Zusammenhang mit dem Fall Nawalny, aber auch vor dem Hintergrund, dass demnächst der ukrainische Titanbergbau privatisiert werden soll.

Das ukrainische Infrastrukturministerium veröffentlichte am 5. Juli einen Beschlussentwurf zur Erhöhung der Frachttarife für bestimmte Güterarten. Das Ministerium plant, die Tarife für den Transport von „Gütern erster Klasse“ (Eisenerz, Kohle, Zement, Mineraldünger) ab September 2021 um acht Prozent zu steigern und ab Januar 2022 um 20,4 Prozent und die Tarife für „Güter der zweiten Klasse“, wie beispielsweise Getreide, ab September 2021 um acht Prozent und ab Januar 2022 um 6,5 Prozent. Die Erhöhung ist nach Expertenbewertungen auch im Zusammenhang mit der geplanten Ausgabe einer Euro-Anleihe der Ukrainischen Staatsbahn zu sehen.

**Am 1. Juli 2021 startete der neu geschaffene Landmarkt in der Ukraine.** In der ersten Woche wurden 322 Verkäufe gemeldet. Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal wertet dies als Erfolg. Befürchtungen, dass ein rascher Ausverkauf ukrainischen Bodens einsetzen würde, hätten sich damit nicht bestätigt. **Mit der Öffnung des Grundstücksmarktes endet ein zwanzigjähriges Moratorium für inländische Käufe und Verkäufe durch Privatpersonen.**

**Am 13. Juli hat der Rat der ukrainischen Nationalbank (NBU) die Ernennung von Serhiy Nikolajtschuk zum stellvertretenden NBU-Chef, der für den Bereich „Währungsstabilität“ der Regulierungsbehörde zuständig ist, bestätigt.** Die Amtszeit seines Vorgängers Dmytro Sologub war am Vortag ausgelaufen. Nikolajtschuk war von 2004 bis 2019 für die NBU tätig und leitete ab 2015 die Abteilung für Geldpolitik und Wirtschaftsanalyse, wo er Sologub bei der Einführung des Inflationsziels für die Ukraine half. Im September 2019 wurde Nikolajtschuk zum stellvertretenden Wirtschaftsminister ernannt und war in dieser Position etwa ein halbes Jahr lang tätig. Sologub wurde im Jahr 2015 zum stellvertretenden Leiter der Nationalbank berufen, verantwortete die Umstellung der NBU auf eine inflationsorientierte Politik und trug nach Einschätzungen vieler Experten wesentlich zur Unabhängigkeit der NBU bei. **Beobachter erwarten zunächst keine signifikanten Änderungen durch den Wechsel im Bereich Geldpolitik.**

In der Ukraine werden **möglicherweise Impfungen für Arbeitnehmer in bestimmten Bereichen verpflichtend.** Das kündigte Mykhailo Radutsky, Leiter des Gesundheitsausschusses der Werchowna Rada, am 2. August an. Bei einer Verschlechterung der Pandemiesituation in der Ukraine würden nur noch Schulen geöffnet bleiben, in denen mindestens 80 Prozent der Lehrer geimpft seien. Unternehmen könnten verpflichtet werden, in Positionen mit Publikumsverkehr geimpfte Arbeitnehmer einzusetzen, zum Beispiel im Bereich Transport und Verkehr.

**In diesem Zusammenhang hat die Ukraine auch Einreiseregeln verändert, die ab dem 5. August 2021 in Kraft treten: Die Grenzkontrollen für ungeimpfte Personen sowie für Personen aus bestimmten Ländern werden verschärft.** Dies gilt jedoch nicht für Besucher, die vollständig mit einem auf der WHO-Liste aufgeführten Impfstoff geimpft sind, und für Ukrainer, die mindestens eine Impfung erhalten haben, sofern sie die entsprechenden Un-

terlagen vorlegen können. Alle nicht ordnungsgemäß geimpften Personen, die aus Russland oder Indien kommen und sich dort in den letzten zwei Wochen länger als sieben Tage aufgehalten haben, müssen sich einer obligatorischen Selbstisolierung unterziehen. Die Grenzschutzbeamten werden bei diesen Personen auch das Laden und Nutzen der „Home“-App überprüfen. Dies gilt auch für Personen, die kürzlich einen negativen PCR-COVID-Test durchgeführt haben. Ausländer und Ukrainer, die aus anderen Ländern kommen und nicht entsprechend geimpft sind, müssen zehn Tage in Selbstisolierung verbringen.

**Am 21. Juli haben die USA und Deutschland eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und der Klimaziele veröffentlicht.**

Die Vereinbarung steht am Ende einer langen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den USA über den Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2.

**Eckpunkte der Einigung:**

- Deutschland und die USA betonen ihr Engagement für die Unabhängigkeit und Energiesicherheit der Ukraine: „Sollte Russland versuchen, Energie als Waffe zu benutzen, oder weitere aggressive Handlungen gegen die Ukraine begehen, wird Deutschland auf nationaler Ebene handeln und in der EU auf effektive Maßnahmen einschließlich Sanktionen drängen“, lautet ein zentraler Satz der Erklärung.
- Bezüglich der Genehmigung von Nord Stream 2 wird unterstrichen, dass Deutschland das dritte Energiepaket der EU umsetzt. Dieses sieht vor, dass ein Betreiber einer Pipeline nicht gleichzeitig der Nutzer sein kann und dass mehrere Parteien Zugang zur Pipelineinfrastruktur erhalten müssen.
- Deutschland muss laut Erklärung nun alle verfügbaren Einflussmöglichkeiten nutzen, damit der 2024 auslaufende Transitvertrag zwischen der Ukraine und Russland um bis zu zehn Jahre verlängert wird. Die Verhandlungen sollen bereits am 1. September beginnen.
- Die Ukraine erhält zudem finanzielle und technische Hilfe aus Deutschland zur Umsetzung der Energiewende im Sinne der internationalen Klimaziele: Deutschland legt einen Grünen Fonds zur Umsetzung der Energietransformation in der Ukraine auf und zahlt in einem ersten Schritt 175 Millionen US-Dollar ein. In den Folgejahren sollen weitere Zahlungen geleistet werden. Insgesamt soll der Fonds mit Hilfe privater Kapitalgeber mindestens eine Milliarde US-Dollar erreichen. Zudem fördert Deutschland auch bilaterale Energieprojekte mit der Ukraine. Dazu soll die Position eines Sondergesandten genutzt werden, der mit einem Budget von 70 Millionen US-Dollar ausgestattet wird.
- Außerdem sagt Deutschland zu, die von den USA mit den mittelosteuropäischen Ländern geformte Drei-Meeres-Initiative zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass aus dem EU-Haushalt bis 2027 bis zu 1,77 Milliarden US-Dollar für Projekte der Initiative aufgewendet werden.

Der deutsch-amerikanische Kompromiss umfasst also im Wesentlichen Garantien zur Sicherung der (Energie)Souveränität der Ukraine durch Deutschland und die USA, entsprechende Sanktionsdrohungen gegen Russland (im Energiebereich) sowie politische und finanzielle Verpflichtungen für Deutschland.

Der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft **Oliver Hermes** begrüßte den deutsch-amerikanischen Kompromiss:

*„Wir hoffen, dass die nun erzielte deutsch-amerikanische Verständigung über Nord Stream 2 die jahrelangen Unsicherheiten für die beteiligten Unternehmen beseitigt und den Weg für dieses wichtige europäische Energieprojekt endlich freimacht.“*

Vollständiges Statement: [Schlüsselprojekt für die europäische Energieversorgung | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

**Norbert Röttgen**, prominentester Kritiker des Pipelineprojekts innerhalb der Berliner Regierungsfractionen äußerte sich vorsichtig positiv:

*Er begrüße vor allem die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Joe Biden, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen wichtiger seien als Nord Stream 2. Es gebe ein höheres Gut, das seien die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Zugleich halte er die Gas-Pipeline nach wie vor für falsch: [Nord Stream 2: Norbert Röttgen bleibt skeptisch \(faz.net\)](#)*

Grünen-Kanzlerkandidatin **Annalena Baerbock** kündigte weiteren Widerstand an und ließ verlauten: *„Ich halte diese Pipeline nach wie vor für falsch, aus klimapolitischen Gründen, aber vor allem auch geostrategisch.“ Sie sei zudem gegen die Sicherheit der Ukraine gerichtet und ziele auf eine Spaltung der Europäischen Union, sagte Baerbock der F.A.Z.: [Annalena Baerbock kritisiert Übereinkunft zu Nord Stream 2 \(faz.net\)](#)*

Neben dem Außenminister von Litauen haben auch die **polnischen und ukrainischen Außenminister** ihre Ablehnung der Pipeline in einer gemeinsamen [Erklärung](#) bekräftigt. In dieser Stellungnahme wird auf die Destabilisierung und potenzielle Sicherheitsbedrohung der Region verwiesen: *„This decision has created political, military and energy threat for Ukraine and Central Europe, while increasing Russia's potential to destabilize the security situation in Europe, perpetuating divisions among NATO and European Union member states“.*

## Belarus

Nach der **Ausweitung personen- und institutionenbezogener Sanktionen** sowie der Verhängung von **Sektorsanktionen** gegen Belarus, **hat sich das Verhältnis zwischen westlichen Staaten und Belarus weiter verhärtet**. Im Juli drohte der belarussische Machthaber Lukaschenko damit, den Transitverkehr durch Belarus zu beschränken. Diese Androhungen wurden bisher jedoch nicht in konkrete Politik umgesetzt, sodass der Transitverkehr weiter fließt. **Ver mehrt versuchen Migranten die Grenze von Belarus nach Litauen zu überschreiten. Beobachter gehen davon aus, dass diese Personen gezielt zu diesem Zweck u.a. aus dem Irak nach Belarus geflogen werden.** Litauen baut seine Grenzbefestigung zu Belarus aus. Belarus wiederum hat seine Grenzen zu Litauen geschlossen, sodass ein Grenzübertritt nach Belarus nicht mehr normal möglich ist.

**Die bestehenden Sektor-Sanktionen in den Bereichen Mineralölprodukte und Kali betreffen bisher nur bestimmte Produktkategorien.** Analysen ergeben, dass **die Regelungen**

**noch einigen Spielraum für Verschärfungen beinhalten.** Die Einschränkungen insbesondere im Finanzbereich haben jedoch für Zurückhaltung bei Banken und Unternehmen gesorgt und generieren Unsicherheit.

**Die Experten des German Economic Team Belarus** stellen zwar für die erste Jahreshälfte 2021 ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent fest. Dies ist jedoch vor allem aus Basiseffekten zurückzuführen. **Nach der Einführung der Handels- und Finanzsanktionen ist die Prognoseunsicherheit stark gestiegen.** Internationale Ratingagenturen erwarten negative Folgen für die belarussische Wirtschaft, die aber eher mittelfristig Wirkung entfalten werden. Nach Angaben des German Economic Team Belarus sind bisher keine Auffälligkeiten bei Bankeinlagen, Wechselkurs oder Reserven der Nationalbank zu beobachten. **Auch kann aktuell noch keine Aussage der Sanktionswirkung auf die betroffenen Produkte getroffen werden, da Daten für den Monat Juli erst im September 2021 veröffentlicht werden.**

**Per 1. August 2021 hat Belarus die Ausfuhrzölle auf Erdöl und Erdölprodukte, die außerhalb des Zollgebiets der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU) ausgeführt werden, erhöht.** Der Ausfuhrzoll auf Rohöl, Heizöl, Bitumen, Paraffin und Altöl beträgt nun 67,80 US-Dollar pro Tonne (vorher 61,50 US-Dollar). Der Ausfuhrzoll auf Normalbenzin wird auf 37,20 US-Dollar pro Tonne festgesetzt (vorher 33,8 US-Dollar). Die Höhe des Ausfuhrzolls auf gewerblich genutztes Benzin, Dieselmotorkraftstoff, leichte und mittlere Destillate, Benzol, Toluol, Xylol und Schmiermittel beträgt jetzt 20,3 US-Dollar pro Tonne (vorher 18,4 US-Dollar). **Die Ausfuhrzölle auf Rohöl und einige Kategorien von Erdöl-Derivaten wurden bereits am 1. Juli nach oben gesetzt.**

**Der erste Block des belarussischen Kernkraftwerks Astrawez soll bis Mitte August an das Stromnetz angeschlossen werden,** teilte der Pressedienst des belarussischen Energieministeriums mit. Derzeit finden Prüfungen und Testläufe statt, die von einem belarussisch-russischem Team beobachtet werden.

**Das Unternehmen Belgosles wurde ausgewählt, um das staatliche automatisierte System zur Rückverfolgung von Holz und Holztransaktionen in Belarus zu betreiben** (Beschluss Nr. 9 des Forstministeriums vom 5. Juli 2021). Ziel ist es, die Erfassung, Kontrolle und Nutzung des geernteten Holzes zu verbessern. Es ist das erste digitale System zur Holzverfolgung, das in Belarus eingeführt wurde. Das System wird in Belarus ab dem 20. August 2021 obligatorisch. Es wird die Führung von Aufzeichnungen über geerntetes Holz ermöglichen, die Ausstellung von Begleitdokumenten vereinfachen und die Planung, Aufzeichnung und Analyse aller wichtigen Geschäftsprozesse und Entscheidungen im Bereich der Holzernte automatisieren und alle Schritte des Holzeinschlags in digitaler Form kontrollieren.

## **Südkaucasus**

**Georgien ist insbesondere in den vergangenen Wochen mit einer kontinuierlich und stark steigenden Zahl von Corona-Infektionen konfrontiert.** Die Delta-Variante macht derzeit über 80 Prozent der Covid-19-Fälle in Georgien aus, während in den beiden Großstädten



Batumi und Tiflis bereits 100 Prozent der verzeichneten Infektionen Delta-Covid-19-Varianten sind, sagte der stellvertretende Direktor des Nationalen Zentrums für Seuchenkontrolle Georgiens (NCDC) Paata Imnadze. **Trotz dieser dynamischen Situation hat der georgische Premierminister Irakli Garibashvili erklärt, dass eine weitere Abriegelung Georgiens „absolut ungerechtfertigt“ sei**, „da das Land mehr als zwei Millionen Dosen Impfstoff gegen das Coronavirus eingeführt“ habe. Er forderte die Georgier auf, sich impfen zu lassen. Dies sei „die einzige Möglichkeit, die Pandemie zu beenden“.

**Der Vorsitzende der Regierungspartei Georgischer Traum (GD) Irakli Kobachidze hat erklärt, dass „bis zu den für 2024 geplanten Wahlen keine vorgezogenen Neuwahlen stattfinden werden“.** Gemäß der von der EU vermittelten Vereinbarung, die von der Regierungspartei und der Mehrheit der Oppositionsparteien im April 2021 unterzeichnet worden war, akzeptierte die Regierungspartei die Abhaltung von erneuten Parlamentswahlen, falls sie bei den bevorstehenden Kommunalwahlen am 2. Oktober weniger als 43 Prozent der Stimmen erhalten würde. Im Juli zog sich die Regierungspartei jedoch von der Vereinbarung zurück, „weil die wichtigste Oppositionspartei sich weigerte, der Vereinbarung beizutreten“. Die Oppositionsparteien, die bei den Parlamentswahlen 2020 Sitze gewonnen haben, beschuldigen den „Georgischen Traum“, die Wahlergebnisse gefälscht zu haben, und fordern seit Dezember 2020 Neuwahlen. **Die mehrmonatige politische Krise im Land war durch das von EU-Ratspräsident Charles Michel vermittelte Abkommen zunächst gelöst worden. Neben den Wahlen verpflichteten sich die Unterzeichner des Dokuments zu umfassenden Reformen, auch im Bereich der Justiz.**

Die **Oppositionspartei** Vereinte Nationale Bewegung, die 34 der 60 Oppositionssitze im 150-köpfigen Parlament errungen hat, **weigerte sich, dem von der EU vermittelten Abkommen beizutreten**, weil es eine Bestimmung über die Amnestie für die im Juni 2019 verurteilten Demonstranten enthielt. Nach der Entscheidung des „Georgischen Traums“, aus dem Abkommen auszusteigen, was von der Opposition als „Verrat am westlichen Kurs des Landes“ bezeichnet wurde, sind die Oppositionsparteien nach wie vor der Ansicht, dass die Regierungspartei die Abhaltung von Neuwahlen akzeptieren muss, wenn sie bei den anstehenden Kommunalwahlen weniger als 43 Prozent der Stimmen bekommt. Die politisch volatile und polarisierte Lage in Georgien hält damit weiterhin an.

**Der georgische Finanzminister Lasha Khutsishvili hat die Zehn-Jahres-Entwicklungsstrategie seines Ministeriums vorgestellt. Hauptziele sind die Bekämpfung der Armut und Arbeitslosigkeit und die Steigerung des allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstands in Georgien.** Zu den Plänen für mehr **makroökonomische Stabilität und Wirtschaftsreformen** zählt zum einen fiskalische Nachhaltigkeit. So soll die **Auslandsverschuldung bis 2026 auf 45 Prozent und bis 2030 auf unter 40 Prozent sinken**. Das Land soll seine Abhängigkeit von Entwicklungen im Ausland verringern. So soll das **Leistungsbilanzdefizit um vier Prozent und der Anteil der ausländischen Währung an der Gesamtverschuldung um 65 Prozent gesenkt werden**. Eine **wachstumsorientierte Steuerpolitik, eine unternehmensfreundliche Steuerverwaltung und ein reformierter Kapitalmarkt** zählen ebenso zu den Vorhaben. **Staatliche Unternehmen sollen ebenfalls einem Reformprozess unterzogen werden**. Dazu zählt unter anderem die Einführung von Corporate-Governance-Standards, mehr unternehmerisches Denken sowie die Förderung des Wettbewerbs. Die **Reformen der öffentlichen Finanzverwaltung** sollen die Verwaltung öffentlicher Investitionen, die Rechenschaftspflicht und

Transparenz der öffentlichen Finanzen, die Steuerverwaltung, die Effizienz des öffentlichen Dienstes sowie Steuervergünstigungen umfassen.

Am 30. Juli 2021 hat das Parlament von **Armenien** verschiedene **Regularien für den Transport- und Logistik-Sektor** verabschiedet und passt sich damit Regeln an, die sich aus dem Umfassenden und Erweiterten Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und Armenien ergeben. Die Änderungen legen Ruhe- und Arbeitszeiten für Fahrer sowie die Verwendung des digitalen Fahrtenschreibersystems in Fahrzeugen zur Personen- und Güterbeförderung fest.

**Ab dem 13. August 2021 fliegt die Lufthansa ab Frankfurt die armenische Hauptstadt Jerewan drei Mal pro Woche an.** Von Frankfurt nach Jerewan starten Flüge dienstags, donnerstags und sonntags und von Jerewan nach Frankfurt montags, mittwochs und freitags. Damit ergänzt der Konzern sein Angebot, das bisher über die Konzerntöchter Austrian Airlines, Eurowings und Brussels Airlines abgedeckt wird.

**Die armenische Regierung wird die Lizenzgebühren für Unternehmen, die sowohl metallische als auch nicht-metallische Minen erschließen, vollständig überarbeiten,** sagte der amtierende Wirtschaftsminister Vahan Kerobyan am 14. Juli 2021. **Das neue Lizenzgebührensysteem werde Preissteigerungen als auch Preissenkungen beinhalten.** Die armenische Regierung verabschiedete am 12. Juli eine Reihe von Änderungen des Gesetzes über staatliche Abgaben, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, den Außenhandel mit Waren zu regeln, die für das Land von strategischer Bedeutung sind - Kupfer- und Molybdänkonzentrate sowie Ferromolybdän.

Kerobyan zufolge hat die Regierung beschlossen, Ausfuhrzölle auf einige Nebenprodukte - Kupfer- und Molybdänkonzentrate - einzuführen, wodurch zusätzliche Einnahmen in Höhe von 30-35 Milliarden Dram erwartet werden. **Insgesamt erwartet Wirtschaftsminister Kerobyan Mehreinnahmen für den armenischen Staat von mindestens 100 Milliarden Dram, was etwa 200 Millionen US-Dollar entspricht.**

**Aserbaidschan belegt laut dem aktuellen Bericht der Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Asien und den Pazifik zur Bewertung der Bereitschaft zum grenzüberschreitenden papierlosen Handel unter den GUS-Ländern im Jahr 2020 den ersten Platz.** Dies berichtet das aserbaidchanische Zentrum für Analyse und Kommunikation von Wirtschaftsreformen in seinem jüngsten Reformbericht. Laut dem UNESCAP-Bericht für 2020 verzeichnete Aserbaidschan im vergangenen Jahr einen Anstieg um fünf Prozentpunkte auf insgesamt 86,02 Prozent im Hinblick auf den papierlosen Handel in der GUS. Das Land belegte damit unter den Nachbarländern (Russland - 84,95 Prozent, Georgien - 82,8 Prozent, Iran - 77,42 Prozent, Armenien - 62,37 Prozent und Türkei - 86,02 Prozent) als auch unter den GUS-Ländern den vordersten Platz. Der weltweite Durchschnitt für den papierlosen Handel lag bei 64,95 Prozent, während dieser Indikator in den Industrieländern bei 81,86 Prozent lag.

**Das aserbaidchanische Ministerkabinett verändert die Regularien zur Produktsicherheit bei Non-Food Produkten.** Die neuen Vorschriften ermöglichen es den Unternehmern,



**selbständig Konformitätserklärungen für die Sicherheit von hergestellten oder importierten Non-Food-Produkten mit niedrigem und mittlerem Risikoniveau auszustellen** und diese zu verkaufen. Für Non-Food-Produkte mit hohem Risiko werden nach Überprüfung durch die Konformitätsbewertungsstellen entsprechende Zertifikate ausgestellt. Außerdem müssen die zuständigen Strukturen und Unternehmer das Wirtschaftsministerium über die Erstellung von Zertifikaten oder Konformitätserklärungen am Tag der entsprechenden Entscheidung informieren. **Auf der Grundlage von Zertifikaten oder Konformitätserklärungen, die in das Register des Ministeriums aufgenommen werden, kann das nationale Konformitätszeichen AZC auf technische Dokumente und Non-Food-Produkte angewendet werden.**

**Aserbaidshan stärkt seine Fähigkeiten zur Abwehr von Cyberangriffen.** Ein Labor zur Modellierung von Cyberangriffen wurde im Datenverarbeitungszentrum des aserbaidshianischen Ministeriums für Verkehr, Kommunikation und Hochtechnologie eingerichtet. Das Labor soll Prozesse im Zusammenhang mit der Cybersicherheit untersuchen und Maßnahmen gegen mögliche Cyberangriffe ergreifen. Geplant sind regelmäßige Analysen, Audit- und Sicherheitsdienste sowie gezielte Aus- und Weiterbildung von Spezialisten.

## Konjunktur

---

**Ukraine:** Die **Reallöhne** in der Ukraine stiegen im Mai 2021 um 16,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie der Staatliche Statistikdienst am 29. Juni mitteilte. Der durchschnittliche monatliche Nominallohn belief sich auf 13.499 UAH (rund 489 US-Dollar). Die Experten von Concorde Capital gehen davon aus, dass die Reallöhne im Jahr 2021 um acht bis neun Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen werden. Das Lohnwachstum wird durch die wirtschaftliche Belebung und die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften angekurbelt.

Die jährliche **Inflationsrate** in der Ukraine belief sich im Juni auf 9,5 Prozent und blieb damit gegenüber dem Vormonat unverändert.

**Belarus:** Die **Inflation** im Juni 2021 ist auf rund zehn Prozent gestiegen und hat die Nationalbank zu einer erneuten Leitzinsanhebung um 0,75 Prozent auf nun 9,25 Prozent veranlasst. Insbesondere die Inflationserwartungen sind aktuell stark gestiegen. Nach Verschärfung der politischen Lage durch die EU-Sanktionen im Juni 2021 korrigieren verschiedene Banken und Organisationen ihre Wachstumsprognosen nach unten. Wie das German Economic Team Belarus mitteilt, variieren diese zwischen minus 2,2 Prozent (Weltbank) und plus zwei Prozent (J.P. Morgan). Dazwischen liegen der IWF (minus 0,4 Prozent), die EBRD, S&P sowie die Raiffeisenbank International mit plus 0,5 Prozent und Fitch mit plus 0,7 Prozent. Das Wachstum der Industrieproduktion verlangsamte sich im zweiten Quartal 2021 und lag im Juni bei 6,9 Prozent Wachstum. Nach positiven privaten Unternehmenserwartungen im April 2021 ging der Index im Mai 2021 im Zuge der Verschärfung der politischen Situation deutlich zurück. Das private Forschungsinstitut IPM, das diesen Index bisher erstellte, befindet sich seit Juli 2021 im Prozess der staatlich erzwungenen Auflösung.

**Georgien:** Die georgische Wirtschaftsministerin Natia Turnava prognostiziert für das Jahr 2021 ein **Wirtschaftswachstum** von mindestens 7,7 Prozent, verbunden mit einem kräftigem Beschäftigungswachstum. Die Asiatische Entwicklungsbank geht von 3,5 Prozent Wachstum aus. Dem georgischen Statistikamt Geostat zufolge stieg der Warenexport von Januar bis Juni 2021 um 25,2 Prozent, während die Importe um 18,9 Prozent zunahmen. Der Außenhandelsumsatz stieg um 20,7 Prozent. Jeweils im Vergleich zum Vorjahr.

## Projekte

---

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

## Veranstaltungsnachlese

---

Am **29. Juni 2021** hat das vierte Format der German Ukrainian Digital Partnership (GUDP) stattgefunden. Im Rahmen des RuhrSummit2021 wurden das ukrainische Ökosystem der Digitalwirtschaft sowie die Aktivitäten der GUDP präsentiert. Hier geht es zur Aufzeichnung des Beitrags: [Agenda - ruhrSUMMIT 2021](#)

Das Thema Belarus-Sanktionen brennt unter den Nägeln: Rund 90 Interessierte beteiligten sich am **2. Juli am Sanktionsbriefing des Ost-Ausschusses zu Belarus** und verfolgten engagiert die Einschätzungen von Experten aus dem Auswärtigen Amt (Alexander Schönfelder), von der [Raiffeisenbank International AG](#) (Andreas Schwabe) und verschiedener Verbände. Auch der deutsche Botschafter in Minsk Manfred Huterer schaltete sich zu. Mit ihren Sanktionen versucht die EU die belarussische Regierung von ihrem autoritären Kurs gegen die Zivilgesellschaft abzubringen. Sanktioniert werden in erster Linie staatliche Unternehmen aus den Branchen Kali, Mineralöl, Automotive sowie Banken. 15 Organisationen und 166 Personen, meist mit direktem Bezug zur belarussischen Führung, sind inzwischen gelistet und fallen damit als Partner für zukünftige Geschäfte weitgehend aus. Die EU sei geeint in der Sanktionsfrage, habe einen sehr breiten Ansatz gewählt, wolle aber die Zivilbevölkerung und europäische Unternehmen möglichst wenig belasten. Allerdings sei eine weitere Eskalation eher wahrscheinlich, so eine Botschaft der Runde, zumal die Sanktionen im Rohstoffsektor zunächst nur kleine Teile der belarussischen Produktion erfassen. In Summe werde der gesamte belarussische Export jetzt mit bis zu 300 Millionen US-Dollar im Monat belastet, so eine Schätzung. Zum Vergleich: Im Gesamtjahr 2020 lieferte Belarus nach Deutschland Waren im Wert von 530 Millionen Euro bei einem Gesamthandelsvolumen von zwei Milliarden Euro. Viele Teilnehmer stellten Fragen zum Umgang mit Altverträgen und laufenden Projekten. Hier bot das [Auswärtige Amt](#) individuelle Hilfestellung an. Der Ost-Ausschuss steht für die Vermittlung entsprechender Kontakte bereit. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft - Beiträge | Facebook](#)

## Termine

---

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.

- **30. August 2021 - Roundtable Wasserstoff Ukraine** (intern)
- **6. September: The future of Renewable Energies, Hydrogen and Decarbonization in Ukraine** - Current developments and future business opportunities – Anmeldung auf [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)
- **14. – 16. September: Delegationsreise nach Armenien und Georgien** (Durchführung entsprechend geltender Hygieneregeln und unter Berücksichtigung der dann aktuellen Pandemiesituation.)
- **11. – 14. Oktober: Unternehmerreise „Nachhaltige Wasser- und Abwasserwirtschaft in Aserbaidtschan“**. Anmeldungen auf den Seiten der AHK Aserbaidtschan: [Unternehmerreise "Nachhaltige Wasser- und Abwasserwirtschaft in Aserbaidtschan" \(ahk.de\)](http://Unternehmerreise%20Nachhaltige%20Wasser-und%20Abwasserwirtschaft%20in%20Aserbaidtschan%20%28ahk.de%29)

## Tipps & Links

---

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse [kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de](mailto:kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de) wenden.

Ein **aktuelles Ranking zur Entwicklung der Corona-Lage** in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als pdf-Download am Ende der Übersicht).

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region**:

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidtschan: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covidconomy.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den **aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus**, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:  
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidschan  
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus  
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien  
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine  
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Traditionell ist im Sommer wieder das umfangreiche **Mittel- und Osteuropa-Jahrbuch 2021** des Ost-Ausschusses erschienen. Es wird in Kooperation mit dem OWC-Verlag für Außenwirtschaft erstellt. Das Jahrbuch enthält auf rund 200 Seiten einen Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in unseren 29 Partnerländern und dokumentiert die Veranstaltungen und Projekte des Ost-Ausschusses in den zurückliegenden zwölf Monaten. Für eine kostenlose Zusendung (Printversion) des Jahrbuchs wenden Sie sich bitte an [m.stender@oa-ev.de](mailto:m.stender@oa-ev.de)

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen +++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft!

Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier. Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: **Cristina Zelenac, [C.Zelenac@oa-ev.de](mailto:C.Zelenac@oa-ev.de), Tel.: +49 30 206 167 121.**

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

## Kontakt

---

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



**Stefan Kägebein**

Regionaldirektor Osteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)



**Sarah Guhde**

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: [S.Guhde@oa-ev.de](mailto:S.Guhde@oa-ev.de)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.** Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

**Presse-Kontakt:** Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.  
Andreas Metz  
Tel.: +49 (0)30 206167-120  
E-Mail: [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)